



Lage im Post- und Fernmeldewesen

18. Oktober 1956

Information Nr. 255/56 – Betrifft: Die Lage im Post- und Fernmeldewesen

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1a, Bl. 212–217.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Datum

Datierung nach Angabe im Dokumentenkopf; abweichendes Datum auf Verteilerblatt (BStU, MfS, ZAIG 14381, Bl. 188): 15.10.1956.

Vermerk

Im Verteiler unter Betreff (handschriftlich): »wurde nicht geschrieben« (d. h. die Information wurde nicht vervielfältigt, es gibt nur dieses eine Exemplar).

I. Parteiarbeit

Die Parteiarbeit im Post- und Fernmeldewesen ist in allen Bezirken schlecht. Es gibt nur wenig gute Beispiele. Die führende Rolle der Partei wird nicht immer verwirklicht. Auch setzen sich die Genossen kaum mit falschen Meinungen auseinander. Die Parteiarbeit ruht auf den Schultern weniger Genossen, die in ihrer fachlichen Arbeit schon ausgelastet sind. Diese Genossen verstehen nicht, die breite Masse zur Mitarbeit heranzuziehen, obwohl sie bestrebt sind, die Parteiarbeit zu verbessern. Ebenfalls ist die Anleitung durch die Kreisleitungen der SED und die Zusammenarbeit schlecht. Z. B. erhielt der Betriebsleiter des HPA Salzwedel eine Verwarnung vom Büro der Kreisleitung. Die BPO wurde dazu nicht gehört und erhielt auch keine Nachricht. Aufgrund der schlechten Parteiarbeit wird kaum eine ideologische Erziehungsarbeit geleistet. Die Partei ist zum größten Teil im Post- und Fernmeldewesen überaltert und zum anderen auch zahlenmäßig sehr gering. Außerdem gibt es verhältnismäßig viele ehemalige NSDAP-Mitglieder, die jetzt Mitglied der SED sind, auch Funktionäre. Z. B. der Leiter vom Fernamt Rochlitz, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, war vor 1933 Mitglied der SPD, von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP, 1945 wieder Mitglied der SPD und heute Mitglied der SED.

Der Sekretär der BPO des Postamtes Gewin, ¹ [Kreis] Teterow, ² [Bezirk] Neubrandenburg, ist ein ehemaliger Militarist, mit 12-jähriger Dienstzeit. Im Bezirk Cottbus sind 70 % der SED-Mitglieder ehemalige Mitglieder der NSDAP. Im Postamt Sangerhausen, [Bezirk] Halle, vertritt der Parteisekretär die Meinung, dass er die westlichen Sender hören muss, um die Argumente des Gegners zerschlagen zu können.

II. Kaderfragen

Die Post hat 1955 nur fünf Dipl.-Ingenieure erhalten, dadurch entstehen im Fernmelde- und Funkwesen erste Schwierigkeiten bei der Besetzung der wichtigsten Funktionen. Der kaderpolitische Zustand der technisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter ist im gesamten Fernmeldewesen vollkommen ungenügend. So fehlen z. B. Ingenieure und Diplom-Ingenieure für die Aufstellung von Vorplanungs- und Projektierungsunterlagen. Die Arbeitsplätze für leitende Kollegen, für die Ingenieure und Diplom-Ingenieure erforderlich sind, sind zum größten Teil mit Menschen besetzt, die keine Ausbildung als Ingenieure haben. Das Gleiche trifft für die Leiter von Verstärkeämtern zu. In allen Bezirken sind im Post- und Fernmeldewesen viele ehemalige NSDAP-Mitglieder beschäftigt. Ein großer Teil dieser ehemaligen NSDAP-Mitglieder war schon vor 1945 bei der Post tätig. Z. B. sind im Fernmeldeamt Auerbach, ³ [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, von 257 Beschäftigten 73 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Im Postamt Roßlau, [Bezirk] Halle, von 85 Beschäftigten 20 ehemalige NSDAP-Mitglieder. In Cottbus von 575 Beschäftigten 134 ehemalige NSDAP-Mitglieder. In Postamt Ribnitz, [Bezirk] Rostock, sind 50 % der Belegschaft ehemalige Faschisten. Diese Beispiele können noch fortgesetzt werden.

Im Post- und Fernmeldewesen besteht eine Fluktuation der Arbeitskräfte. Die Ursache ist zu wenig Lohn. Die Kollegen gehen lieber in die Industriebetriebe, weil sie dort mehr Geld verdienen. Dadurch gibt es auch eine ganze Reihe unbesetzter Arbeitsstellen.

Arbeitskräftemangel besteht hauptsächlich dort, wo viel Industrie ist. Im Fernmeldeamt Königs Wusterhausen sind 41 Arbeitsplätze unbesetzt. Im Bahnpostamt in Erfurt sind 41 Stellen unbesetzt. Im Fernmeldeamt Altenburg, [Bezirk] Leipzig, fehlen ca. 15 Arbeitskräfte, meistens im Fernmeldebautrup. Im Fernmeldeamt Brandenburg, [Bezirk] Potsdam, sind zwölf Arbeitsplätze unbesetzt. In Stralsund, [Bezirk] Rostock, mangelt es an Briefzustellern.

Einige Beispiele über die Fluktuation: Im Bezirk Suhl sind im Post- und Fernmeldewesen 1955 von rund 3000 Beschäftigten ca. 700 ausgeschieden. 70 % der Kündigungen wurden mit finanzieller Verbesserung begründet. Im Fernmeldeamt Stralsund waren 1955 87 Abgänge zu verzeichnen. Im Hauptpostamt Borna, [Bezirk] Leipzig, sind 1955 30 % der Belegschaft in andere Industriezweige gegangen.

III. Lohnfragen

Von den Beschäftigten im Post- und Fernmeldewesen werden in der Entlohnung zur Reichsbahn und Industrie Vergleiche gezogen. Die Kollegen sind der Meinung, dass die Post genauso wichtig ist, wie die Reichsbahn. Sie können deshalb auch nicht verstehen, warum die Post der Reichsbahn gegenüber, finanziell benachteiligt wird. Lohnforderungen gibt es hauptsächlich bei den Postzustellern, Störtrupps, Fernmelde-Bauarbeitern, Fernschreiberinnen und Hilfskräften. Dazu einige Beispiele: Eine Fernschreiberin im FMA Saßnitz, [Kreis] Rügen, erhält 250 DM monatlich, im Fischkombinat Saßnitz jedoch 300 DM. Im FMA Karl-Marx-Stadt erhält ein Kollege des Störtrupps 260 DM monatlich (Bruttolohn).

Die Anforderungen an die Frauen im Zustellerdienst sind besonders groß. Sie müssen Treppen steigen und Lasten bis zu 15 kg tragen. Auch im Landzustellerdienst werden große Anforderungen an die Zusteller gestellt. Täglich müssen Wegstrecken bis zu 30 km, teils mit Rad, teils zu Fuß, zurückgelegt werden.

Die Diskussionen über die Zahlung von Treueprämien sind jetzt beseitigt. ⁴ Weiterhin gibt es Forderungen nach mehr Urlaub und einer geregelten Altersversorgung. Die Kollegen sind der Meinung, dass ihnen nicht nur zwölf Tage Urlaub, sondern auch 18 Tage – genau wie den Arbeitern in der Industrie – zustehen. In diesem Zusammenhang versucht der Gegner, die Beschäftigten der Deutschen Post zu beeinflussen bzw. abzuwerben oder für eine Agententätigkeit zu gewinnen. So registriert die westdeutsche Postverwaltung ehemalige Postbeamte und stellt ihnen die Zahlung ihrer früheren Pensionsansprüche in Aussicht.

IV. Ökonomische Schwierigkeiten

Schwierigkeiten entstehen hauptsächlich durch Raummangel. Es mangelt an Arbeitsräumen und Garagen für die Kraftfahrzeuge. Meistens können die Neubauten oder Erweiterungen nicht ausgeführt werden, weil keine Investitionen dafür zur Verfügung gestellt werden. Einige Beispiele: Durch Vergrößerung des Fernmeldeamtes in Nauen mangelt es an Arbeitsräumen. Zzt. wird der Kulturraum als Arbeitsraum benutzt. Einige Kraftfahrzeuge stehen nur unter einem überdachten Schuppen. Mittel für den Bau sind erst für 1958 eingeplant. Im Postamt Geithain, [Bezirk] Leipzig, ist der Neubau einer Garage seit 1953 notwendig. Bisher hat das Postamt noch keine Invest-Mittel für den Garagenbau erhalten. Die Kraftfahrzeuge sind jetzt in vier verschiedenen Garagen innerhalb der Stadt untergebracht. 1945 wurde das Postamt Werdau-Bahnhof, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, in einer ehemaligen Gaststätte untergebracht. Bisher wurden keine Investmittel bereitgestellt, um ein neues Postamt zu bauen. Weiterhin ist es schwierig, Kfz-Ersatzteile für den Typ Framo⁵ und IFA F 8⁶ zu beschaffen (Kugellager, Achsschenkelbolzen, Spurstangen). In Gotha und Sonderhausen, [Bezirk] Erfurt, fehlen Kupfer- und Bronzedraht, Nebenstellenanlagen und Fernsehbaumaterial.

Seit ungefähr fünf Jahren wird vom Amt für Fernnetze beim Ministerium für Post- und Fernmeldewesen ein Allverstärker II für das Verstärkeramt Halberstadt beantragt. Auch in diesem Jahr wird Halberstadt keinen neuen Verstärker erhalten. In einem modernen Kabel Berlin – Magdeburg – Halberstadt – weiter nach Westdeutschland und dem westlichen Ausland befindet sich nur im Verstärkeramt Halberstadt ein »27-er Verstärker«, in allen anderen Ämtern sind moderne Verstärker eingesetzt. Durch diesen einen alten Verstärker treten oft Störungen auf, die auch kaum durch das alte Gerät zu beseitigen sind. Beim Fehlersuchen oder Betriebsmessungen sind die Kollegen in Halberstadt bei Messungen mit Westdeutschland ausgelacht worden, weil bei ihnen noch immer so ein alter Verstärker in Betrieb ist. (Halberstadt ist Endamt in der DDR.)

V. Feindliche Beeinflussung

Von den meisten Postangestellten werden Westsender gehört, dies kommt auch teilweise in den Diskussionen zum Ausdruck. Zwischen den Grenzerstärkerämtern der DDR und Westdeutschland bzw. Westberlin bestanden direkte Fernsprechverbindungen, die für Messzwecke und für die Instandhaltung der die Grenze überschreitenden Fernkabel betrieben wurden. Über diese Verbindungen wurden Nachrichten ausgetauscht. Durch Angehörige der Westpost erfolgte eine Beeinflussung der in den betreffenden Verstärkerämtern Beschäftigten bis zur Abwerbung. Diese Direktverbindungen sind, soweit möglich, aufgehoben. Die Leitungen sind über Vermittlungen in der DDR geschaltet worden und werden kontrolliert.

Es wurde festgestellt, dass fünf Angehörige des Funkamtes Beelitz, [Bezirk] Potsdam, (zwei Schichtleiter und drei Funker) an einem Treffen ehemaliger Transradiofunker in Westberlin teilgenommen haben. Diese Treffs sollen in bestimmten Abständen wiederholt werden.

Bemerkungen

Die Berechnung des Goldfranken⁷ hat nach dem von der Deutschen Notenbank festgelegten Feingoldgehalt der Deutschen Mark zu erfolgen. Danach dürfte ein Goldfranken nur 0,726 DM betragen, während die Post im Postverkehr immer noch mit 1,09 DM und im Fernmeldeverkehr sogar mit 1,78 DM rechnet. Dadurch ergibt sich entweder eine ungerechtfertigte Gebührenerhöhung, die gegen die Bestimmungen des Weltpostvereins verstößt, oder es wird der Eindruck erweckt, dass das Feingoldgehalt unserer Deutschen Mark illusorisch ist, weil die Gebühren im Auslandsverkehr nach anderen Sätzen berechnet werden. Wieweit durch die Senkung der Gebühren im Auslandsverkehr die ungerechtfertigte Gebührenerhöhung ausgeglichen wurde, ist noch nicht bekannt.

Vom Weltpostverein wurde festgelegt, Statistiken über die Durchgangs- und Auslandspost an den Weltpostverein zu übersenden. Von der DDR wurde dies nicht befolgt. Dennoch ist der Weltpostverein in der Lage, diese Angaben über die DDR zu veröffentlichen.

Weiterhin tauschen sämtliche Postverwaltungen untereinander ihre Amtsblätter aus. Verschiedene Postverwaltungen fordern die Amtsblätter der DDR an. Seitdem das Amtsblatt der Deutschen Post in ein Verfügungs- und Mitteilungsblatt – nur für den Dienstgebrauch – umgeändert wurde, kann die DDR an einem solchen Austausch nicht mehr teilnehmen. Auf der Gegenseite werden gegenüber der DDR die gleichen Maßnahmen eingeleitet.

1
Ein Ort dieses oder eines ähnlichen Namens ließ sich im Kreis Teterow nicht ermitteln.

2
Im Original: »Tetrow«.

3
Im Original: »Auersbach«.

4
Die Treueprämie war eine spezielle Form der aus Mitteln der betrieblichen Prämienfonds finanzierten Sonderzahlungen. Sie wurde unabhängig von der Planerfüllung allein für langjährige Betriebszugehörigkeit gewährt. Vgl. Sattler, Friederike: Treueprämie. In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009 library.fes.de FDGB-Lexikon (7.10.2014).

5
Die Modelle Framo V 501 und Framo V 901 waren Kleintransporter aus der Produktion der IFA-Werke in Hainichen (ehemals Framo).

6
Der IFA F 8 war ein Pkw-Modell, das von 1949 bis 1955 produziert wurde.

7
Der Goldfranken war eine 1920 eingeführte internationale Fiktiv-Währung zur Abrechnung von Post- und Fernmeldeleistungen.